

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 1993

1. Jänner: Die Teilung der ČSFR in eine Tschechische und eine Slowakische Republik ist vollzogen. Die tschechische Republik umfaßt 71 864 km und wird von 10,3 Mill

Ausland

Menschen bewohnt. In der Slowakischen Republik leben auf 49 036 km 5,3 Mill Menschen. Die Vermögens- teilung wurde nach dem Territorial- prinzip vollzogen, wonach das unbe- wegliches und damit verbundenes be- wegliches Vermögen jenem Gebiet zufällt, auf dem es sich befindet. Für alle anderen Vermögensarten, insbe- sondere das Auslandsvermögen gilt der Schlüssel von 2 : 1, da dies den Bevölkerungsanteilen entspricht. Eine Zollunion unter Beibehaltung der Grenzkontrollen zwischen beiden Ländern soll den wirtschaftlichen Nachteilen einer Desintegration ent- gegenwirken. Erhalten bleiben die Vorteile der Europa-Verträge mit der EG. Im Vertrag über die Währungs- ordnung wird die tschechische Krone als gemeinsame Währung anerkannt. Dieser Vertrag gilt als kurzfristige Übergangsregelung zu eigenständigen Währungen.

Zur Finanzierung des Fonds der Deut- schen Einheit wird in Deutschland die Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt auf 15% erhöht. Das zusätzliche Steu- eraufkommen wird auf 12,3 Mrd DM geschätzt.

2. Februar: Erwartungsgemäß wird die Währungsunion zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik vorzeitig aufgelöst. Künftig wird es tschechische und slowakische Kronen als Zahlungsmittel geben.

Mit Jahresbeginn vollzog sich die Teilung der ČSFR in die Tschechische und die Slowakische Republik. Beide Länder werden in einem dritten europäischen Wirtschaftsraum mit Ungarn und Polen kooperieren. — In Deutschland einigten sich die Regierungsparteien über ein Wirtschaftspaket, das vor allem Ostdeutschland unterstützen soll. Der größte Teil dieses Solidarpaktes wird aber erst 1995 wirksam. Die stufenweise Zinssenkung der Deutschen Bundesbank sollte kurzfristigere Wirkung zeigen.

5. Februar: Die Deutsche Bundes- bank senkt den Diskontsatz von 8½% auf 8% und den Lombardsatz von 9½% auf 9%.

14. Februar: Die OPEC-Konferenz in Wien — sie zählt nach dem Austritt Ecuadors 12 Mitglieder — kann sich auf eine Senkung der Förderquote von derzeit 24,6 Barrel pro Tag nicht einigen.

18. Februar: Der Präsident der USA stellt sein Wirtschaftsprogramm vor: Mit Mehreinnahmen von 246 Mrd \$ und einer Ausgabensenkung von 217 Mrd. \$ sollen zusätzliche Pro- gramme und das Budgetdefizit in den folgenden vier Jahren finanziert wer- den. Mittelfristiges Ziel ist, das Bud- getdefizit bis 1997 auf 200 Mrd. \$ zu senken (Prognose 1993: 319 Mrd. \$). Dazu dienen die Einsparungen vor al- lem im Verteidigungsbudget (in vier Jahren 76 Mrd. \$), die Anhebung der Grenzsteuersätze auf Jahreseinkom- men über 140 000 \$ von 31% auf 36% und die einer Einführung einer „Reichtumsteuer“ von 10% auf Ein- kommen über 250 000 \$. Der Körper- schaftsteuersatz wird zudem von 34% auf 36% erhöht; geplant ist eine Ener- giesteuer auf den BTU-Gehalt (British

Thermal Unit) der verbrauchten Ener- gie. Die Schwerpunkte der Ausgaben- programme bis zum Ende der Amts- periode werden im Bereich Gesunde- heit und Ernährung (26 Mrd \$), Aus- bildung (37,8 Mrd \$), Steuerkre- dite zugunsten der Arbeitslosen (24 Mrd. \$), Wohnbau (9,6 Mrd. \$) und Transport (8,4 Mrd. \$) gesetzt.

27. Februar: In London bekennen sich die Finanzminister der G-7 bei einem inoffiziellen Treffen zur Be- kämpfung der hohen Arbeitslosigkeit. Über inflationsfreies Wachstum und flexible Arbeitsmärkte soll Beschäfti- gung geschaffen werden. Deutsch- land schlägt eine Reform des G-7- Prozesses vor.

Nach der Zustimmung der USA kann der Nuklearfonds der Osteuropa- Bank seine Arbeit aufnehmen. Er dient der Finanzierung von Verbesse- rungen der Sicherheitsmaßnahmen in Kernkraftwerken.

1. März: Künftig müssen deutsche Geldinstitute auf Termingelder und Spareinlagen unverzinst hinterle- gen, statt bisher 4,95% und 4,15%. Die da- durch entstehende Liquidität von 32 Mrd. DM wird zum größten Teil ab- geschöpft.

Der Freihandelsvertrag der Central European Free Trade Area (CEFTA) tritt vorläufig in Kraft. Dieser dritte europäische Wirtschaftsraum betrifft 65 Mill. Einwohner der Tschechischen und der Slowakischen Republik, Un- garns und Polens. Bis zum Jahr 2001 sollen zwischen diesen Ländern die gegenseitigen Zölle und Handels- hemmnisse auf Industrie- und Agrar- produkte schrittweise abgebaut wer- den. Vorwiegend wurden die Assozia-

tionsabkommen der EG nachempfunden, jedoch soll der Zollabbau symmetrisch erfolgen

4. März: 20 000 Stahlarbeiter streiken im Ruhrgebiet. Ihr Protest richtet sich gegen den drohenden Arbeitsplatzverlust. In Ostdeutschland fordern 2.500 Metallarbeiter mit einem Streik die Angleichung ihrer Einkommen an das westdeutsche Niveau.

7.-8. März: Die Schweizer Bürger entscheiden sich in einer Volksabstimmung für die Erhöhung der Steuer auf Benzin und Dieselöl um 20 Rappen je Liter. Die dadurch entstehenden Einnahmen von 1,3 Mrd. Franken jährlich sollen je zur Hälfte dem Bundesbudget und der Straßensanierung zufließen.

8. März: Spanien behält sich vor den EWR-Vertrag erst nach der Sicherstellung des Maastrichter Unionsvertrags im eigenen Land zu ratifizieren. Dadurch würde das Inkrafttreten des EWR vom zweiten Referendum in Dänemark und von der Ratifizierung in Großbritannien abhängig gemacht. In darauffolgenden Aussagen spanischer Politiker wird diese mögliche Vorgangsweise etwas abgeschwächt.

10. März: Die tschechische Regierung beschließt die Fertigstellung des Atomkraftwerkes im südböhmischen Temelin, 70 km nördlich der österreichischen Grenze. Es soll mit Sicherheitsausrüstungen aus den USA ausgestattet werden.

13. März: Bei einer Klausurtagung einigen sich der deutsche Bundeskanzler, die Regierungschefs der Länder sowie die Partei- und Fraktionsvorsitzenden über ein Solidarpaket. Dieses soll ab 1995 langfristige Unterstützung für die östlichen Bundesländer bringen. Noch in diesem Jahr soll Ostdeutschland 2 Mrd. DM für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und zusätzlich 3,7 Mrd. DM für den Fonds der Deutschen Einheit erhalten.

1995 werden den Ländern und Gemeinden im Osten zusätzliche Transfers von 55,8 Mrd. DM zufließen. Bei der Neuregelung des Finanzausgleichs soll der Umsatzsteueranteil

der Länder von 37% auf 44% angehoben werden. Ein Solidaritätszuschlag von 7,5% auf Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer wird wieder eingeführt (vgl. Wirtschaftschronik II Quartal 1991¹). Durch diese Maßnahme sowie durch die geplante Erhöhung der privaten Vermögensteuer werden zusätzlich 28 Mrd. DM in das Bundesbudget fließen.

Die Altschulden der ostdeutschen Wohnbaugesellschaft werden in den „Erblastfonds“ übernommen. Das Kreditprogramm für den Wohnbau wird von 30 auf 60 Mrd. DM aufgestockt. Die Möglichkeit einer Sonderabschreibung von 50% für den privaten Wohnbau wird um zwei Jahre bis 1996 verlängert. Der Kreditrahmen der Treuhand für die Sanierung ökologischer Altlasten wird erweitert. Der Absatz ostdeutscher Produkte soll gefördert werden.

16. März: Tschechien und die Slowakei werden Mitglied des GATT.

17. März: In Brüssel wird das Zusatzprotokoll zum EWR unterzeichnet. Nach dem Ausscheiden der Schweiz übernehmen deren Beitrag zum Kohäsionsfonds von 178 Mill. ECU zu zwei Dritteln die EFTA-Staaten. Die Finanzierung erfolgt durch Senkung der Zinsvergünstigung von 3 auf 2 Prozentpunkte. Nach der Ratifizierung durch das Europäische Parlament und die einzelnen Teilnehmerstaaten könnte der Vertrag am 1. Juli in Kraft treten.

19. März: Die Deutsche Bundesbank führt mit der Herabsetzung des Diskontsatzes von 8% auf 7½% ihre stufenweise Zinssenkung fort. Der Lombardsatz bleibt mit 9% unverändert.

26. März: Die Bevölkerungskonferenz des Europarates endet mit Empfehlungen zur Eindämmung der Migration. 9 Mrd. \$ sollen zur Unterstützung der Bevölkerungsentwicklung in den Herkunftsländern aufgebracht werden. Als langfristige Maßnahmen werden die Öffnung der Märkte und die Liberalisierung des Handels vorgeschlagen. Auch kurzfristige Ausbildungsprogramme sollen Abhilfe schaffen. Den von Migrationsströmen betroffenen Ländern wird das Recht

zugespochen, die Einwanderungsströme zu kontrollieren sowie Maßnahmen gegen illegale Einwanderung zu setzen.

29. März: Die EFTA schließt ein Freihandelsabkommen mit Ungarn und Bulgarien ab. Die ab Anfang Juli geltende asymmetrische Vereinbarung bietet handelspolitische Unterstützung auf dem Weg zur Marktwirtschaft, die aber stufenweise über zehn Jahre abgebaut wird.

31. März: Der 1991 beschlossene Ost-Tarifvertrag, der bis 1994 stufenweise die ostdeutschen Tariflöhne an die westdeutschen angleichen sollte, wird von den Stahlproduzenten einseitig gekündigt. Im April 1993 hätten die Tariflöhne im Osten durch eine Lohnerhöhung um 26% 82% des Niveaus von Westdeutschland erreichen sollen. Die Arbeitgeber bieten nun eine Überzahlung von 9% an und begründen dies mit den Verlusten der ostdeutschen Stahlproduzenten, die im Durchschnitt 30% der Umsätze betragen.

1. April: Die Auflösung des Ost-Tarifvertrages ist Anlaß eines Warnstreiks der Beschäftigten der ostdeutschen Metall-, Elektro- und Stahlindustrie.

Österreich

1. Jänner: Das Endbesteuerungsgesetz (BGBl. 11/1993) tritt in Kraft. Es hebt die Kapitalertragsteuer auf Zinserträge von 10% auf 22% an. Damit sind die Einkommensteuerschuld sowie die Vermögen- und Erbschaftsteuer auf Zinserträge abgegolten.

Gleichzeitig sieht dieses Gesetz neben der Amnestie für Steuerschulden auf Einkünfte und Vermögen, die vor 1993 angefallen sind, auch eine Amnestie im Bereich des Devisenrechts vor, sofern der dem Devisengesetz entsprechende Zustand bis zum 31. Dezember 1993 hergestellt oder das Vermögen bis zu diesem Zeitpunkt ins Inland zurückgeführt wird.

8. Jänner: Die Oesterreichische Nationalbank senkt den Diskontsatz von 8% auf 7½%. Der Lombardsatz bleibt mit 9¼% unverändert.

1. Februar: Österreich nimmt die Beitrittsverhandlungen mit der EG auf. Sie werden gleichzeitig mit jenen Schwedens und Finnlands stattfinden.

Die Gehälter für 75 000 Bankangestellte werden um 3% erhöht. Hinzu

Der internationalen Konjunkturflaute will Österreich mit einem Wirtschaftsprogramm begegnen. Von der Erhöhung des Investitionsfreibetrags erwartet man eine kurzfristige Konjunkturbelebung durch die entstehenden Vorzieheffekte. Zusammen mit weiteren investitions- und exportfördernden Maßnahmen soll dieses Konjunkturprogramm noch in diesem Jahr wirksam werden. — In Brüssel beginnen die Verhandlungen über Österreichs EG-Beitritt. — Die Krise in der Papierindustrie führt zu einem Ausgleichsantrag der Hallein Papier. Die Passiva der im I. Quartal eröffneten Insolvenzen erreichen mit Hallein Papier und Assmann einen Stand von 12,2 Mrd. S.

kommt ein Sockelbetrag von 190 S. Bezogen auf ein Durchschnittsgehalt von 20.000 S ergibt sich eine Erhöhung um 3,98%.

Rückwirkend wird für Anschaffungs- und Herstellungskosten, die zwischen 1. Februar 1993 und 31. März 1994 anfallen, der Investitionsfreibetrag von 20% auf 30% erhöht. Von 1. April 1994 bis 31. März 1995 beträgt er 15%. Weitere Teile des Konjunkturprogramms umfassen die Vorziehung der Förderungsmittel der Top-Aktion in das Jahr 1994. Für 1994 stehen dadurch 2,2 Mrd. S zur Verfügung.

Die Wohnbaugenossenschaften müssen rückwirkend mit 1. Jänner 1993 ihre steuerfreien Rücklagen versteuern oder sie binnen fünf Jahren auflösen.

Exportfördernde Wirkungen sollen von Garantieabkommen mit den Nachfolgestaaten der UdSSR sowie von Soft Loans (stark zinsgestützten Exportkrediten) für Länder mit einem geringen Pro-Kopf-Einkommen ausgehen.

5. Februar: Zeitgleich mit der Deutschen Bundesbank senkt die Oesterreichische Nationalbank ihre Leitzinsen. Der Diskontsatz wird um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte auf 7 $\frac{1}{2}$ % und der Lombardsatz von 9 $\frac{1}{2}$ % auf 8 $\frac{3}{4}$ % herabgesetzt. Dadurch liegen der deutsche Diskontsatz um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt und der Lombardsatz um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt über dem österreichischen.

18. Februar: Der Schalterverkehr des Bankhauses Roessler wird wieder aufgenommen. Dem Gläubigerkonsortium unter der Führung der PSK ist es gelungen, den drohenden Konkurs abzuwenden.

Die Austrian Industries geben für das Jahr 1992 einen Verlust von 2,9 Mrd. S bekannt.

26. Februar: Mit einem Initiativantrag der Regierungsparteien wird das Bundesgesetz zur Kennzeichnung von Tropenhölzern und Tropenholzprodukten sowie zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung (BGBl. 309/1992) aufgehoben, um die Handelsbeziehungen mit den Exportländern Indonesien und Malaysia, die

diese Regelung als Diskriminierung von Tropenholz interpretieren, nicht zu gefährden.

1. März: Der Schweizer Migros Genossenschaftsbund St. Gallen übernimmt die Vorarlberger Lebensmittelkette Familia. Gleichzeitig werden Verhandlungen über eine enge Zusammenarbeit zwischen Migros und Konsum Österreich geführt.

15. März: Der Ausgleich über die Hallein Papier wird eröffnet. Von den Verbindlichkeiten von 2,9 Mrd. S sind 800 Gläubiger und 1 020 Beschäftigte betroffen. Das Unternehmen gehört zu 75% der deutschen Papierwerke Aschaffenburg AG (PWA) und zu 25% der Bank Austria.

19. März: Zum dritten Mal seit Jahresbeginn senkt die Oesterreichische Nationalbank den Diskontsatz um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt (auf 7%). Der Lombardsatz wird von 8 $\frac{3}{4}$ % auf 8 $\frac{1}{2}$ % reduziert. Damit liegen die österreichischen Leitzinsen um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt unter den deutschen.

27. März: In Wien wird ein bilaterales Handelsabkommen zwischen Österreich und Ungarn unterzeichnet. Es ergänzt den multilateralen Vertrag zwischen der EFTA und Ungarn.

31. März: Sechs Unternehmen der steirischen Firmengruppe Assmann sind insolvent. Die Verschuldung beträgt 1,8 Mrd. S, rund 1 000 Beschäftigte sind betroffen.

Abgeschlossen am 1. April 1993